

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 22. September 2016

Verfassungsauftrag ist entscheidend für Glaubwürdigkeit der Schweiz

Die EDU Schweiz erinnert daran, dass die Schweizerische Bundesverfassung massgebend für die Formulierung von Schweizer Gesetzen sein muss. Sie appelliert an den Ständerat, den Verfassungsauftrag in Sachen Einwanderungssteuerung umzusetzen und damit den Nationalrat dazu zu bringen, den Beschluss vom 21.9.2016 zu korrigieren.

Das Schweizer Stimmvolk hatte am 9. Februar 2014 dem Bundesrat und Parlament drei Jahre Zeit gegeben, die Einwanderungssteuerung mit der EU neu zu verhandeln und an die neue Verfassungsbestimmung anzupassen. Dass der Nationalrat diese Vorgabe der Verfassung ausblendet und jetzt die EU-Bewohner von der Steuerung der Zuwanderung ausnimmt, ist ein weiteres fatales Zeichen im Umgang mit der Schweizer Verfassung und dem Volkswillen.

Der Entscheid vom Schweizer Volk im Jahr 2014 war im vollen Bewusstsein gefällt worden, dass die Initiative Neuverhandlungen mit der EU bedingten. Das Stimmvolk hatte die Entwicklung der Zuwanderung seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Auge. Es wollte nicht zwei sich widersprechende Bestimmungen parallel aufrecht erhalten, sondern mit der neuen Verfassungsbestimmung die frühere Entscheidung eindeutig korrigieren.

Die EDU Schweiz appelliert dringend an den Bundesrat und das Parlament, in den Gesetzesprojekten immer die Bundesverfassung umzusetzen. Der Ball liegt im vorliegenden Fall als nächstes beim Ständerat.

Wenn immer mehr Gesetze der Bundesverfassung widersprechen, wird der Schweizer Rechtsstaat weiter ausgehöhlt. Die Verachtung des in der Verfassung schriftlich niedergelegten Volkswillens verstärkt die Politverdrossenheit des Volkes und ruiniert die Glaubwürdigkeit der Parlamentarier, welche doch bei Amtsantritt einen Schwur oder ein Gelübde abgelegt haben, Verfassung und Gesetze zu beachten. Die Verfassung wird zu einem Papiertiger und die Schweiz erpressbar. Deshalb ist eine Kurskorrektur des Parlaments dringendst nötig.

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37
Alt Grossrat Martin Friedli, GL-Mitglied, 079 848 97 96